

# **Bündnis Sahra Wagenknecht: Eine Partei gegen die Arbeiterklasse und für den deutschen Imperialismus**

**Das Bündnis Sahra Wagenknecht hat sich Anfang Januar als Abspaltung von der Linken um 10 Bundestagsabgeordnete gegründet. Immer wieder wird es dafür angegriffen, Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland abzulehnen. Tatsächlich steht es ausdrücklich auf der Seite des deutschen Imperialismus und behält sich alle möglichen Angriffe auf die Arbeiterklasse vor, weshalb es von Linken nicht unterstützt werden kann. Von Angelo Kummenis.**

Das Bündnis Sahra Wagenknecht gründete sich als im Januar 2024, nachdem schon länger über eine Abspaltung durch Sahra Wagenknecht von der Linkspartei spekuliert worden war. Dem war vorausgegangen, dass sich Sahra Wagenknecht spätestens mit ihrem 2011 erschienenen Buch »Freiheit statt Kapitalismus« offen von marxistischen Ideen ab- und der Idee von der "Sozialen Marktwirtschaft" zugewandt hatte. Einher ging das mit der Aussage "Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt" nach der Silvesternacht von 2015/16, die eine Ungleichbehandlung von Deutschen und Nichtdeutschen bedeutet, indem sie ungleich bestraft werden. Weiter sprach sie sich wie ihr Ehemann Oskar Lafontaine für eine Begrenzung der Zuwanderung aus, weil sonst das Sozialsystem überlastet würde und nicht genügend Wohnungen zur Verfügung stünden. Anstatt Banken und Konzerne anzugreifen, sollte also Flüchtlingen die Schuld für das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum und die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Agenda-2010-Reformen gegeben werden.

Diese Differenz mit ihrer Partei manifestierte sich in der Gründung des Vereins BSW – Für Vernunft und Gerechtigkeit e.V. im September 2023, dem dadurch geholfen wurde, dass sich die Spitze der Linkspartei auf die Seite des deutschen Imperialismus schlug. Sie lehnte Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland nicht ab, sondern wollte sie durch Maßnahmen wie die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie oder "gezielte" Sanktionen allenfalls neu gestalten, während die Bundestagsfraktion der Linkspartei der Resolution vom 10. Oktober "Solidarität mit Israel" zustimmte, die Israel "volle Solidarität und jedwede Unterstützung" zusagte sowie der Schließung von vier schiitischen Moscheen durch das Innenministerium und den Verfassungsschutz im Juli den Boden bereitete.<sup>1</sup> Dadurch konnte sich Sahra Wagenknecht als alleinige Stimme gegen Krieg profilieren und so Unterstützung gewinnen.

## **Keine Arbeiterpartei**

Doch ihre Rhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das BSW keine Arbeiterpartei ist und fest an der Seite des deutschen Imperialismus steht. Laut Sabine Zimmermann, der Vorsitzenden des BSW in Sachsen, befindet sich das BSW "links der CDU, rechts der SPD".<sup>2</sup> Sahra Wagenknecht, Namensgeberin und Co-Vorsitzende des BSW, legte in einem Post auf Instagram nahe, man müsse ukrainischen Flüchtlingen den Zugang zum Bürgergeld erschweren, denn "Unternehmen suchen verzweifelt Arbeitskräfte" und von Schutzsuchenden könne man erwarten, "die Kosten zu minimieren".<sup>3</sup> Wagenknecht geht hier davon aus, dass "die Gesellschaft" von Unternehmensgewinnen profitiere. Bürgergeldempfänger sollen also gezwungen werden, die Jobs mit der schlechtesten Bezahlung und den schlechtesten Arbeitsbedingungen anzunehmen, anstatt höhere Löhne und eine Verbesserung der Arbeitssituation zu fordern.

Auch bei den Landtagswahlen zeigt sich sehr deutlich, wie schnell die Gruppe um Wagenknecht nach rechts gerückt ist. Laut dem Wahlmatten ist das BSW in Thüringen gegen kostenlose Sprach-

<sup>1</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008736.pdf>.

<sup>2</sup> <https://www.lvz.de/mitteldeutschland/landtagswahl-in-sachsen-bsw-will-mitregieren-aber-nicht-mit-jedem-M34XBATIAZCUBGNQLH6SJBQ3OU.html>.

<sup>3</sup> <https://www.instagram.com/p/C8U1Y15tFfJ/>.

kurse für alle Geflüchteten, und will Bürgergeldempfängern, die Jobangebote ablehnen, das Bürgergeld kürzen. Es will also Flüchtlingen die soziale Teilhabe erschweren und Gewerkschaften schwächen, indem Arbeitslose unter Druck gesetzt werden. Es ist gegen inklusive Beschulung, d.h. Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden davon ausgeschlossen, mit Gleichaltrigen z.B. an Schulausflügen teilzunehmen. Das BSW möchte den Verfassungsschutz erhalten. Es unterstützt also eine Behörde, die ohne parlamentarische Kontrolle arbeitet, sich vor allem gegen Linke und Muslime richtet und Nazis unterstützt. Das BSW ist dagegen, dass Schüler:innen ohne besondere Leistungsfeststellung nach der 10. Klasse den Realschulabschluss erhalten. Das bedeutet noch weniger Chancengleichheit. Und es stimmt bei der Mindestvergütung für Auszubildende mit "neutral", spricht sich also nicht für eine Entlohnung aus, die zum Leben reicht. BSW ist bekanntermaßen für verpflichtende Sprachtests vor der Einschulung, und es ist dagegen, dass an der Schule Sprache erlaubt wird, die mehr als zwei Geschlechter abbildet. Es macht mit solchen Forderungen Rassisten und Faschisten stark, die von "Großem Austausch" und "Kulturkampf" reden. BSW ist dafür, dass die Polizei KI einsetzen darf, was mehr Möglichkeiten für die Polizei bedeutet, Daten zu verknüpfen. Die Partei ist auch in Thüringen dafür, bei "Ausreisepflichtigen Ausländer und Ausländer:innen" "konsequent abzuschieben", und ist nicht für einen Pflegezuschuss ("neutral"), weil die Finanzierbarkeit nicht geklärt sei. Das gleiche sagen sie bezüglich kostenloser Kinderbetreuung. D.h. sie behalten sich auch hier vor, dass Arbeiter:innen das aus eigener Tasche zahlen müssen.<sup>4</sup>

In Sachsen will BSW keinen Ausstieg aus der Braunkohle vor 2038 und will die Energiepolitik vom Bedarf der Betriebe und der Bevölkerung abhängig machen. Es soll also keine Maßnahmen gegen die Klimazerstörung geben, erst recht nicht, wenn es die Unternehmer nicht wollen. Es ist für den Ausbau der A4 zwischen Görlitz und Dresden, denn es sei wichtig "nicht nur für den Durchgangsverkehr, sondern auch für unseren Mittelstand und das Handwerk". Gleichzeitig wendet es sich gegen einen kostenfreien ÖPNV, weil es eine "alles-ist-umsonst-Mentalität" ablehnt. Für Autobahnen soll also Geld da sein, für kostenlosen ÖPNV nicht. BSW behält sich vor, Krankenhäuser "in die Hände verantwortungsbewusster und nicht ausschließlich gewinnorientierter Unternehmen" zu geben. D.h. das BSW behauptet, man könne die Gesundheitsversorgung dem Markt überlassen und auf das "Verantwortungsbewusstsein" von Unternehmern setzen. Die Partei unterstützt die Grenzkontrollen an der sächsischen Grenze. Das BSW macht auch bei der Ablenkung mit, dass die Geschichte der DDR in den Lehrplänen nicht ausreichend behandelt würde, als wäre nicht gerade der Aufstieg der Faschisten das Problem. Es ist für die stärkere Zusammenarbeit sächsischer Hochschulen mit privaten Unternehmen und schreibt sogar: "Wir streben auch eine enge Verzahnung von hochschulischer Weiterbildung und den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen an". Das bedeutet weniger Wissenschaftsfreiheit zugunsten von Profitinteressen. Auch in Sachsen ist BSW dagegen, gendersensible Sprache an Schulen zu erlauben und ist gegen Inklusion an Schulen. Eine Frauenquote lehnt das BSW ebenfalls ab. Es unterstützt "mehr Polizisten auf der Straße und in Problemvierteln", möchte also Arbeiter:innen, Arme und Unterdrückte, gegen die die Polizei geschaffen wurde, noch mehr schikanieren. Das BSW ist in Sachsen für kostenlose Deutschkurse für Geflüchtete, aber suggeriert in derselben Antwort im Wahlomaten, die Ausreise Ausreisepflichtiger "mit Nachdruck" verfolgen zu wollen. Im Gegensatz zu seiner Antikriegsrhetorik ist das BSW dafür, dass in Sachsen an Universitäten für militärische Zwecke geforscht werden darf, denn "eine Abschaffung der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit lehnen wir [...] ab." Es verteidigt also die "Freiheit", Kriegsvorbereitungen durchzuführen, die mit stärkerer Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung einhergehen. Bezüglich des Verfassungsschutzes schreibt das BSW: "Verfassungsfeindliche Bestrebungen im Bereich des politischen oder religiösen Extremismus müssen Gegenstand der Beobachtung sein und mit aller Konsequenz bekämpft werden." Das ist gleichbedeutend damit, dem Verfassungsschutz freie Hand zu lassen, wenn er bei der Schließung von Moscheen mitwirkt und V-Leute gegen Linke einsetzt. Was Bildung angeht, will das BSW verpflichtende Sprachtests für Kinder ab 3 Jahren. Das BSW schreibt zur Asylpolitik: "Dass aktuell nur ein bis zwei Prozent der in Deutschland ankommenden Zuwanderer einen Schutzstatus im

4 [https://www.wahl-o-mat.de/thueringen2024/app/main\\_app.html](https://www.wahl-o-mat.de/thueringen2024/app/main_app.html).

Rahmen des Asylrechts erhalten. Alle anderen müssen unser Land wieder verlassen, damit die Akzeptanz des Asylrechts gewahrt bleiben kann." Das BSW knickt hier vor rechten Forderungen ein, und es werden wieder Arbeiter:innen gegeneinander ausgespielt. Passend dazu ist das BSW dagegen, Kinder und Jugendliche in Entscheidungen miteinzubeziehen, die sie betreffen, und bezeichnet das als "bürokratische Verpflichtung". Das BSW ist gegen ein Tempolimit von 30 km/h in Ortslagen und 120 km/h auf Autobahnen, wendet sich also gegen eine seit langem von Klimaaktivist:innen geforderte Maßnahme, mit der Unfälle und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesenkt werden sollen.<sup>5</sup> Diese Politik setzt das BSW teilweise heute schon in die Tat um. So stimmte sie zusammen mit CDU und AfD in Berlin-Lichtenberg gegen eine verkehrsberuhigte Zone.<sup>6</sup> In Berlin Tempelhof brachte das BSW einen Antrag ein, der Straßenhändler:innen kriminalisiert, und der Polizei und Ordnungsamt dazu auffordert, sie zu vertreiben. Wieder stimmten für diesen Antrag die CDU und die AfD. Die CDU sprach lobend von einem "Schnitt, den das BSW mit ihrer alten Partei" mache.<sup>7</sup>

In Brandenburg spricht sich das BSW nicht dagegen aus, Wohnungen vorrangig an "Deutsche" zu vergeben, und unterstützt verdachtsunabhängige Personenkontrollen. Bezüglich des Braunkohleausstiegs hält das BSW fest, dass es ein Vorziehen des Braunkohleausstiegs "mit uns nicht geben" werde.<sup>8</sup>

Passend zu diesen Positionen begründet die Spitzenkandidatin des BSW in Thüringen, Katja Wolf, ihren Austritt aus der Linken damit, dass sie in ihr keine "pragmatische Kommunalpolitik" gefunden habe. Was das konkret bedeutet, kann man in einem Interview mit Tilo Jung hören (26:00). Sie erzählt stolz, Eisenach mit einer "Ansammlung der Grausamkeiten" schuldenfrei gemacht zu haben, unter anderem durch die Streichung des Essenszuschusses und kostenpflichtige Duschen für Sportler (2.50 Euro) (Min. 5:43).<sup>9</sup>

Sie kann nicht konkret sagen, wie hoch das Bürgergeld sein müsste (11:00), und sagt anschließend, dass es ja sowieso schon erhöht worden sei, ohne auszusprechen, dass es nicht reicht, um Grundbedürfnisse zu decken. Wolf spricht sich nicht klar für eine Erhöhung des Mindestlohns aus, weil das Geld von den Unternehmen, die "auf dem Weltmarkt unterwegs" sind, "erstmal verdient" werden müsse, und versucht, Facharbeiter:innen gegen Mindestlohnarbeitende auszuspielen, indem sie suggeriert, man könnte den Mindestlohn nicht erhöhen, weil Facharbeitern:innen nur wenig mehr verdienen. Außerdem ist sie dagegen, dass der Mindestlohn durch das Parlament festgelegt wird, sondern will ihn nach wie vor durch die Mindestlohnkommission festgelegt sehen, in der die Arbeitnehmervertreter im Nachteil sind.<sup>10</sup> (13:20) Sie bringt in diesem Zusammenhang das Argument, dass bei Erhöhung des Lohngefüges die Preise steigen würden (2:43:30), das von Unternehmern immer dann bemüht wird, wenn es um Lohnerhöhungen geht.

In dem gleichen Interview sagt sie, dass man Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan diskutieren müsse. Nicht nur werden mit solchen Aussagen die AfD gestärkt und Menschen in den sicheren Tod geschickt, sie sind auch ein Angriff auf die Arbeiterklasse. Denn verschärftes Aufenthaltsrecht bedeutet, dass Geflüchtete jeden noch so gering bezahlten Job mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen annehmen müssen, was den Druck auf Gewerkschaften verschärft.

---

5 [https://www.wahl-o-mat.de/sachsen2024/app/main\\_app.html](https://www.wahl-o-mat.de/sachsen2024/app/main_app.html).

6 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ist-der-poller-gefallen-cdu-afd-und-bsw-stimmen-gegen-verkehrsberuhigung-in-berlin-lichtenberg-11407328.html>.

7 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/neues-bundnis-bsw-erster-antrag-zeigt-neue-synergien-in-der-berliner-lokalpolitik-11457221.html>.

8 [https://www.wahl-o-mat.de/brandenburg2024/app/main\\_app.html](https://www.wahl-o-mat.de/brandenburg2024/app/main_app.html).

9 Alle Zeitangaben in Klammern beziehen sich auf dieses Interview von Tilo Jung mit Katja Wolf: <http://youtu.be/VCGtEEFWfns>.

10 Die Mindestlohnkommission setzt sich aus je drei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter:innen und einer Vorsitzenden zusammen. Jüngst wurde die Arbeitnehmervertretung überstimmt, sodass die Mindestlohnerhöhung für das Jahr 2025 im Centbereich liegt: <https://www.deutschlandfunk.de/mindestlohn-erhoehung-mindestlohnkommission-100.html>. Die Vorsitzende der Kommission, Christiane Schönfeld, ein SPD-Mitglied, war bei Inkrafttreten der Hartz-I/Hartz-II-Reformen Direktorin der Arbeitsagentur Nordrhein-Westfalens.

Bezüglich der Energiepolitik behauptet Wolf, dass Unternehmen ihre eigene nachhaltige Energieerzeugung aufbauen wollten, und dass die Landesplanung das schwierig mache. (1:54:50) Die Erzeugung erneuerbarer Energien soll also dem Markt überlassen werden. Dementsprechend nennt sie keinen Zeitpunkt für eine angestrebte Klimaneutralität Thüringens. (1:58:00) Das BSW in Thüringen schreibt auf seiner Website vom "Gender-Wahn", ein rechter Kampfbegriff.<sup>11</sup> Damit macht es die AfD stark.

Passend zu dieser Politik nimmt das BSW Spenden von Millionären an. Der Schatzmeister des BSW, Ralph Suikat, ist Unternehmer und Millionär.<sup>12</sup> Die Millionäre und IT-Unternehmer Lotte Salingré und Thomas Stanger haben dem BSW zusammen eine Million Euro gespendet, um den "sozialen Frieden", sprich die heutige Gesellschaft, die die kapitalistische ist, zu sichern.<sup>13</sup> Diese vermögenden Unterstützer können ihre finanzielle Unterstützung natürlich zurückziehen, sollte die Partei einen Kurs vertreten, die ihnen nicht genehm ist.

## Neuausrichtung des deutschen Imperialismus

Aber sollten wir das BSW nicht dennoch unterstützen, weil es sich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine ausspricht und Israels Vorgehen in Gaza kritisiert? Tatsächlich spricht sich das BSW immer wieder gegen Waffenlieferungen in die Ukraine und an Israel aus und kritisiert das israelische Vorgehen im Gazastreifen, wofür es immer wieder angegriffen wird. Es lässt dabei aber nie einen Zweifel daran, dass es auf der Seite des deutschen Imperialismus steht, indem es die Repressionen gegen die Palästinasolidarität unterstützt und sich gegen den palästinensischen Widerstand stellt.

Beispielsweise unterstützt Sevim Dagdelen die Repression gegen die Palästinasolidaritätsbewegung, wenn sie auf Twitter in einem Beitrag zur Reichskristallnacht schreibt, dass Leute, die den "Terror der islamistischen Hamas" unterstützten, "ein Fall für den Staatsanwalt" seien,<sup>14</sup> und sie kritisiert die NATO von rechts, wenn sie schreibt, dass Erdogans "Hamas-Unterstützung" für den NATO-Generalsekretär Stoltenberg kein Problem sei.<sup>15</sup>

Das BSW lässt keinen Zweifel an seiner Unterstützung für Israel. Amira Mohamed Ali sagt, Israels "Existenzrecht" sei "nicht verhandelbar",<sup>16</sup> und Sahara Wagenknecht sagt in Interviews immer wieder, dass Israel "natürlich" das Recht habe, sich zu verteidigen. Während BSW das israelische Vorgehen im Gazastreifen kritisiert, lässt es also keinen Zweifel daran, dass es auf der Seite des deutschen Imperialismus steht, indem es den Widerstand der Palästinenser:innen verurteilt und vom "Existenzrecht" und "Selbstverteidigungsrecht" Israels spricht.

Dazu passt, dass Fabio de Masi, Spitzenkandidat des BSW bei der Europawahl, im Interview mit Jacobin sagt, dass ein NATO-Austritt "aktuell keine Debatte" sei. In dem vorher erwähnten Interview mit Tilo Jung antwortet Katja Wolf auf eine Frage zu Abschiebungen, manche Gebiete in der Ukraine seien sicher, und man könne diskutieren, ob man Männer im wehrpflichtigen Alter nicht abschieben könne, weil es die Diskussion gibt, dass sich die Ukraine damit eine bessere Verhandlungsposition erkämpft (1:06:30). Diese Position ist voll auf Linie mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, der über ukrainische "Männer im wehrfähigen Alter" sagte, sie "sollten in Deutschland

11 <https://th.bsw-vg.de/>. Dazu passt auch eine Rede von Wagenknecht, in dem sie auf übelste Weise gegen die Forderung von LGBT nach geschlechtlicher Selbstbestimmung hetzte: [https://www.youtube.com/watch?v=xxMlIVtVZ\\_o](https://www.youtube.com/watch?v=xxMlIVtVZ_o).

12 <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/ralph-suikat—wer-ist-der-millionaer-hinter-sahra-wagenknecht--33937530.html>.

13 <https://www.rnd.de/politik/neue-wagenknecht-partei-wer-sind-die-millionenspender-hinter-dem-bsw-35I33P6O7FEDHJY2NYOZC6NOMY.html>.

14 <https://x.com/SevimDagdelen/status/1722628122993168438>.

15 [https://x.com/SevimDagdelen/status/1723004803121311955?t=IXirIyOa5OnVN9X\\_UlhPVQ&s=19](https://x.com/SevimDagdelen/status/1723004803121311955?t=IXirIyOa5OnVN9X_UlhPVQ&s=19). Das ist nicht ihre einzige Äußerung in diese Richtung.

16 <https://www.zdf.de/politik/politik-sonstige/mohamed-ali-linke-israel-gaza-voelkerrecht-kollektivbestrafung-humanitaet-video-100.html>.

keinen Schutzanspruch haben, sondern ihr Land verteidigen."<sup>17</sup> Wolf vertritt auch, dass es zu Beginn nicht falsch gewesen sei, Waffen an die Ukraine zu liefern, aber nicht mehr, sobald der Krieg ein Stellungskrieg wurde, also für die Ukraine nicht mehr zu gewinnen war. (1:14:50;1:28:50) Sie lehnt also die derzeitige Politik des deutschen Imperialismus ab, aber unterstützt ihn voll und ganz und fordert deshalb eine Neuausrichtung, weil Verhandlungen mit Russland derzeit besser zu den Interessen des deutschen Imperialismus passten. Um bei diesen Verhandlungen möglichst viel zu gewinnen, sollen ukrainische Flüchtlinge keinen Schutz finden dürfen, sondern für den deutschen Imperialismus, für geopolitische Vorteile, Rohstoffe, den Ausverkauf der Ukraine an deutsche Konzerne und billige Arbeitskräfte in Osteuropa, sterben. Diese Position, die darauf hinausläuft, die Ukraine zwischen Russland und dem Westen aufzuteilen, passt zu der Forderung des BSW in seinem Programm zur Europawahl, Europa müsse "wieder ein eigenständiger Akteur auf der Weltbühne" werden.<sup>18</sup> In dem gleichen Programm schreibt das BSW: "Wir brauchen Frieden in Europa auch, um unsere eigenen Interessen in der Welt zu fördern, um unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften zu schützen, um unsere Demokratie und unser rechtsstaatliches System zu verteidigen und um unsere Wirtschaft nicht durch Sanktionen, die Verteuerung von Energie und Rohstoffen sowie die Kappung des Handels mit den Wachstumsmärkten Asiens zu schwächen." Das BSW vertritt ein Programm der Klassenversöhnung, das den Standortnationalismus hochhält und davon ausgeht, dass Kapitalisten und Arbeiter:innen die gleichen Interessen hätten.

## **Keine Unterstützung für das BSW**

Revolutionäre Sozialist:innen werden in manchen Punkten das BSW verteidigen müssen.<sup>19</sup> Doch wir können keine Partei unterstützen, die die Arbeiterklasse mit Rassismus und LGBT-Feindlichkeit spaltet, fest an der Seite des Imperialismus steht und sich alle möglichen Angriffe auf soziale Errungenschaften vorbehält. Statt einer weiteren bürgerlichen Partei, die die Faschisten stärkt, brauchen wir eine starke revolutionäre Partei, die so weit in ihren Kämpfen der Arbeiterklasse verankert ist, dass sie sie zum Sieg über ein System führen kann, welches mit dem Klimawandel und der Kriegsgefahr die Existenz der Menschheit bedroht.

---

17 <https://www.tagesspiegel.de/politik/sollten-ihr-land-verteidigen-ju-chef-sieht-keinen-schutzanspruch-fur-wehrpflichtige-ukrainische-manner-11902733.html>.

18 [https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW\\_Europawahlprogramm\\_2024.pdf](https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf).

19 Beispielsweise, als BSW-Mitglieder bei einer Rede des ukrainischen Premierministers Selenskyi im Bundestag abwesend waren, in der er für die Lieferung von mehr und immer schwereren Waffen warb.